

TOP 1.8

Gremium	Termin	Status
Hauptausschuss	30.11.2020	öffentlich

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Projekt- und Einsatzgruppe "Problemimmobilien"

Vorlage Nr.: 20202691



SPD-Stadtratsfraktion - Maxstraße 65 - 67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck Stadtverwaltung Rathaus 67059 Ludwigshafen

26.11.2020

Antrag: Einrichtung einer Projekt- und Einsatzgruppe "Problemimmobilien"

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt zur Sitzung des Hauptausschusses am 30.11.2020 und 01.12.2020 den folgenden Antrag. Aufgrund der gegebenen Stellenpal- und Haushaltsrelevanz bitten wir diesen im Zuge der Beratungen des Haushaltsplans 2021/2022 aufzurufen.

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt:

1. Die Verwaltung richtet eine Projekt- und Einsatzgruppe "Problemimmobilien" ein. Primäre Aufgabe der Mitglieder dieser Projekt- und Einsatzgruppe ist es, die Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgrund prekärer Wohnverhältnisse und ordnungswidriger Gebäudenutzungen (unzulässige gewerbliche Beherbergung; Wonungsprostitution) durch konkrete Maßnahmen einzudämmen. Grundlage der Kontrollen und der weiterführenden Maßnahmen können z.B. bau- und brandschutzrechtliche Bestimmungen sein. Problematische Wohnverhältnisse mit faktischer Überbelegung von Wohnraum sind zwar rechtlich schwer zu verhindern. Trotzdem ist durch

fachübergreifendes Agieren der Verwaltung und Anwendung der Rechtsgrundlagen aus dem Bau- und dem Ordnungswidrigkeitenrecht die Einhaltung von Regeln nachhaltig einzufordern und zu kontrollieren.

2. Bis zur Stadtratssitzung am 14.12.2020 erarbeitet die Verwaltung einen Vorschlag für die Zusammensetzung der fachübergreifenden Projekt- und Einsatzgruppe.

Wie unter Punkt 1 angedeutet, sind sowohl die Gründe für entsprechenden Problemlagen, als auch die rechtlichen Handlungsinstrumentarien zum Umgang damit, vielfältig. Deshalb ist eine derartige Projektgruppe zwingend interdisziplinär zu besetzen. Neben dem Ordnungsamt und der Feuerwehr, spielen dabei insbesondere auch Jugend-, Sozialamt, Bauaufsicht und Ausländerbehörde eine wichtige Rolle. Verwaltungsseitig sollte die Task-Force dezernatsübergreifend besetzt sein und in jedem Fall Vertreterinnen und Vertreter der Bereiche 2-14, 3-14, 4-15, 4-17 und 5-12 enthalten.

Daneben ist zur Bearbeitung sogenannter Problemimmobilien eine Zusammenarbeit z.B. mit Polizei, Zoll- und Finanzbehörden, Arbeitsagentur, Jobcenter oder auch der TWL als Grundversorger in unserer Stadt anzustreben.

 Die Verwaltung beziffert auf Grundlage ihres Vorschlags zur Zusammensetzung der Task-Force den zusätzlichen Personalaufwand, schlüsselt diesen und die entsprechenden Kosten auf und ergänzt diese auf der Änderungsliste zum Doppelhaushalt 2021/2022.

Zur Erhöhung der Zahl der Objektkontrollen aufgrund von Meldungen ist zusätzliches Personal notwendig, aber auch zur besseren Koordinierung sind personelle Ressourcen für Lenkungskreis und Projektkoordinierung notwendig.

Begründung:

In den zurückliegenden Monaten nehmen die bei uns und unseren Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern eingehenden Beschwerden über sogenannte Problemimmobilien in verschiedenen Stadtteilen deutlich zu. Dies führt dazu, dass im Umfeld Lebensqualität und objektive Sicherheit sowie das subjektive Sicherheitsempfinden leiden.

Aus prekären Wohnverhältnissen und ordnungswidriger Gebäudenutzung resultieren aber nicht nur Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Nachbarn, sondern auch für die Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht selten unter unhygienischen, maroden und überfüllten Wohnverhältnissen leiden.

Zur Eindämmung dieser Problemlage halten wir die Einrichtung einer interdisziplinären Task-Force für geeignet, um die ganze Breite rechtlicher Handlungsinstrumentarien zu nutzen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

David Guthier, Fraktionsvorsitzender